



Wir als Emanzipatorische Linke sagen: Ja, wir kritisieren die Politik der Europäische Union als undemokratisch, ungerecht, unfriedlich und unökologisch. Das trifft aber mindestens genauso sehr auf die deutsche Politik zu. Daraus ziehen wir für uns den Schluss, dass die deutsche Politik ebenso wie die Politik der Europäische Union nicht so bleiben darf wie sie ist. Wir wollen, dass DIE LINKE deutlich sagt: „Wir sind nicht gegen die EU, sondern gegen bestimmte Strukturen und eine bestimmte Politik der EU – und wir kämpfen dafür, dass es anders wird.“

Wir sagen: „Europa geht anders. Solidarisch, sozial, friedlich und demokratisch.“

Wir wollen die EU und keine Kleinstaaterei; wir wollen lieber eine unfertige EU als keine EU. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währung geben.

Am Ende des Tages wollen wir etwas viel Besseres! Doch das steht bei der Europawahl (noch) nicht zur Abstimmung.

Wulf Gallert hat vor kurzen geschrieben „Wenn wir den Realitäten und Erwartungen unserer Wähler*innen wirklich gerecht werden wollen, muss die Einleitung des Wahlprogramms und die darauf aufbauende Tonalität unseres Wahlkampfs deutlich verändert werden.“

Der Beitrag von uns als Emanzipatorische Linke dazu ist dieser Vorschlag für eine Andere Einleitung des Wahlprogramms.

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine EU der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.

Die EU ist heute **undemokratisch**: Das EU-Parlament ist den demokratisch kaum legitimierten Gremien Rat und Kommission massiv unterlegen und kann weder eine politische Regierung wählen noch auf eigene Initiative Gesetze beschließen. Durch die fehlende europäische Öffentlichkeit besteht ein großer Einfluss der Lobbyist*innen. Die zentralen Verträge der EU schreiben eine Wirtschaftspolitik fest, die vielen Menschen schadet und nur wenigen nutzt, und können durch das Einstimmigkeitsprinzip auf demokratischem Weg faktisch nicht geändert werden.

Die EU ist heute zu tiefst **ungerecht**: In den Verträgen sind Sozial- und Steuerdumping festgeschrieben. Freiheit ist in erster Linie Freiheit für das Kapital – und die Warenflüsse. Auflehnung gegen die kapitalistische (neoliberale) Orthodoxie – wie für ein halbes Jahr in Griechenland – wird im Keim erstickt. Das verschärft soziale Ungleichheit und Wut und wirkt so als Katalysator der Spaltung zwischen den Menschen in Europa, wo es eigentlich Vereinigung braucht.

Die EU ist heute zunehmend **militarisiert**: Durch das Mittelmeer und die Grenzschutzagentur Frontex schotten sich die EU und ihre Mitgliedsländer ab und verwandeln die Grenze in ein Grab für Tausende. Gleichzeitig verschärfen sie die Ursachen

für Flucht durch – inzwischen auch europäische – Militäreinsätze im Ausland. Nicht zuletzt wurde als Kooperation fast aller EU Länder im vergangenen Jahr die europäische Militärunion PESCO gegründet, die ihre Mitglieder zur Aufrüstung verpflichtet.

Die EU ist **unökologisch**: Die EU hat sich als unfähig erwiesen, Natur und Klima als Lebensgrundlage Aller und als Voraussetzung für ein soziales Europa anzuerkennen und zu schützen. Seit der Gründung der EU wurden Schutzmaßnahmen gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt, um kapitalistischen Profit- und Lobbyinteressen nicht im Wege zu stehen. Die Natur wird als Kapital verwertet und ihre Gemeinnützigkeit wird der Produktivität unterworfen. Folgen sind der Rückgang der biologischen Vielfalt durch die Zunahme konventioneller Land- und Forstwirtschaft, die Degradierung von Lebensräumen und der Rückgang von nichtmateriellen Leistungen der Natur zum menschlichen Wohlergehen. Die Konsequenzen treffen uns alle, am härtesten jedoch die Ärmsten: Wasserverknappung, Luftverschmutzung, Überschwemmungen, Verdrängung von Einwohner*innen und Lebensmittelverteuerung. Während die Profite dieser Verwertung privatisiert werden, werden die Risiken vergesellschaftet. Eine soziale Transformation Europas kann folglich nur eine ökologische sein.

So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.

Wir sehen die Hilflosigkeit und den Egoismus der EU-Mitgliedstaaten angesichts der Eurokrise, der Flüchtlingsbewegungen und anderer Herausforderungen. Wir sind überzeugt, dass die Rückbesinnung auf die Nation keine Antwort auf all diese Probleme ist. Die Frage ist, wieso diese Probleme vor allem der Europäischen Union und nicht dem nationalen Egoismus der (meist konservativen) Regierungen in den Mitgliedsländern angelastet werden? Wir wollen deren Fehler nicht im europäischen Maßstab wiederholen. Was wir an Nationalstaaten kritisieren, schließt die EU ein: Administrative und kulturelle Abgrenzung nach außen; wirtschaftliche, außenpolitische und militärische Großmachtambitionen sind nichts für uns.

Eine EU, die solidarischer, sozialer, friedlicher und demokratischer ist, bringt die einzelnen Staaten Europas zusammen und lässt sie die Probleme gemeinsam angehen.

Heute gibt es viele Menschen innerhalb und außerhalb der EU, die ihre Hoffnungen mit der europäischen Integration verbinden. Sie erleben, wie Faschisten und Nationalisten die EU und Europa zerstören wollen, wie ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen sich angesichts der Entwicklung in Europa an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege. Sie befürchten, dass die Geschichte sich bei einem Auseinanderbrechen der EU wiederholt. Spätestens seit dem Brexit wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die EU zu retten. Trotz aller Kritik an der EU ist ihnen klar, dass es eindeutige Vorteile der EU gibt. Tschech*innen und Italiener*innen sind inzwischen ganz selbstverständliche Nachbarn der Deutschen – das wäre ohne die Europäische Union wohl kaum so gekommen. Sie wissen auch, dass die europäische Integration in vielen Regionen spürbare wirtschaftliche, rechtliche und soziale Fortschritte gebracht hat.

Mit diesen Menschen sind wir uns einig in dem Wissen, dass der Rahmen, in dem wir uns bewegen, der europäische Raum ist. Unser Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen muss immer auch ein Streben nach Veränderungen in Europa beinhalten. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währungssouveränität geben.

In einer Zeit, in der nicht nur die EU als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, in der Nationalisten nach der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des

europäischen Parlaments greifen, in der einzelne Nationalstaaten internationales Recht brechen und die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien ignorieren, braucht es eine starke, einige und entschlossene Linke, die für Europa kämpft.

Wir wollen ein Europa der Solidarität – mit offenen Grenzen nach innen und nach außen, mit Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können – unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen ein Europa, in dem Bildung für alle Menschen zugänglich ist und der Selbstentfaltung und nicht nur der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt dient. Wir wollen ein Europa, in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet ist, sondern als Lebensgrundlage aller Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet wird.

Wir sind uns in dieser Vision einig. Und auch wenn der Weg zu dieser Vision weit erscheint, werden wir ihn im Sinne Rosa Luxemburgs mit revolutionärer Realpolitik angehen. Wir arbeiten auf einen Bruch hin, aber streiten auch für Verbesserungen im Hier und Jetzt, um uns zu stärken.

Europa geht anders!

- Unsere linke Vision von einer **freien und einigen EU** beinhaltet eine wirkliche europäische Integration statt einer Renationalisierung. Sie beinhaltet das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben auf diesem Kontinent. Es soll eine EU werden, in der wir völlig selbstverständlich und frei quer durch ganz Europa reisen können. Es soll eine EU werden, in der jeder Mensch sich ohne Einschränkung aussuchen kann, an welchem Ort er leben und arbeiten will.

- Unsere linke Vision von einer **demokratischen EU** beinhaltet eine Stärkung des Europäischen Parlaments vor allem gegenüber den Staats- und Regierungschefs. Sie beinhaltet die Reform des europäischen Wahlrechts, das die Wahlrechtsgleichheit verwirklicht, die direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer. Dies sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

- Unsere linke Vision von einer **solidarischen EU** setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach 1990 in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für abgehangene Regionen bedeuten. Die besondere Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen muss deswegen ausgebaut werden, das nützt letztendlich auch den wirtschaftlich stärkeren Regionen.

- Unsere linke Vision von einer **sozialen EU** beinhaltet EU-weite Mindeststandards zum Beispiel bei Beschäftigungsbedingungen oder der Mitbestimmung im Betrieb, geschlechts- und herkunftsunabhängige Löhne, Mindestlohnkorridore oder auch eine EU-weite Arbeitslosenversicherung. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben (soziale Fortschrittsklausel).

- Unsere linke Vision von einer **gerechten EU** verlangt, europa- und weltweite Lösungen im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel zu finden. Große Probleme erfordern große Lösungen. Eine Steuerpolitik, welche die Steuerflucht wirksam bekämpft und Ressourcen für die soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Umweltschutz bereitstellt. Gemeinsame Investitionsprogramme, welche Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen und alle an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Um diese Ziele zu erreichen, lehnen wir Freihandelsverträge wie TTIP, CETA und TISA ab, mit denen Beschäftigten- und Verbraucher*innenrechte eingeschränkt werden.

- Unsere linke Vision von einer **friedlichen EU** wendet sich gegen die zunehmenden Versuche, die EU zu einer global agierenden militärischen Interventionsmacht auszubauen. Die EU muss als globaler Akteur den Interessensausgleich und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, mit Russland, den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas organisieren mit dem Ziel, in diesen Ländern nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Aufgaben können überhaupt nur in einer gemeinsamen EU koordiniert und gelöst werden.

- Unsere linke Vision von einer **offenen EU** für alle beinhaltet eine andere Migrations- und Asylpolitik. Die Aufnahme von Menschen und ein humaner Umgang mit ihnen sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Es geht um die Gewährleistung von legalen Fluchtwegen, Schutz und Inklusion. Wir stehen in der Verantwortung, der autoritären Politik und dem in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Rechtstrend, die das zivilisatorische Erbe dieses Kontinents insgesamt bedrohen, etwas entgegenzusetzen.

Wir kämpfen für eine Europäische Union der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.

Wir sagen: „Europa geht anders!

Solidarisch, sozial, friedlich und demokratisch.“